

«Der Reputationsschaden ist angerichtet»

Die «Crypto-Leaks» dominieren seit Tagen die Schlagzeilen. Noch sind viele Fragen offen. Der Historiker Sacha Zala hält für möglich, dass die Schweiz aktiv wegschaute. Und erklärt, wie Akten aus dem Bundesarchiv verschwinden können.

Interview: Anna Miller

Sacha Zala, die Crypto-Affäre bewegt derzeit die Schweiz. Es ist von der «wichtigsten Spionageoperation» die Rede, die jemals stattgefunden hat. Stimmen Sie dieser Einschätzung zu?

So dramatisch würde ich es zunächst nicht einordnen. So konnte in der Operation Minerva die Sowjetunion während des Kalten Krieges nicht abgehört werden. Der Hauptfeind wurde also nicht geknackt. Das relativiert die Tragweite. Auch muss ich nach erster Lesung der wenigen publizierten und sehr kurzen Textteile sagen: Dieses Dokument hat offensichtlich jemand erstellt, der sich selbst und die CIA in ein gutes Licht stellen wollte.

Ein 3 Art Propaganda-Papier?

An einer Unterwanderung der Crypto AG hege ich keinerlei Zweifel. Aber man muss fragen können: Wer hat dieses Dokument verfasst? Mit welcher Absicht? Verhat es den Medien zugespielt und wie so? Und auch: Warum gerade jetzt? Es ist für die historische Forschung unverlässlich, die Quellen zu kennen.

Hier aber füllen sich die Journalisten in Schwigen.

Da haben sich häufig mit den Nachrichtendiensten etwas gemeinsam: Die Quelle nicht verraten. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich finde die Investigativ-Recherche, die hier vollbracht wurde, hervorragend. Doch wesentlich, wissenschaftliche Fragen lassen sich im Moment noch nicht beantworten. Hier gilt es nun, Licht ins Dunkel zu bringen.

Die Politik schreit nun nach lückenloser Aufklärung, verlangt sogar eine PUK. Wird das etwas bringen? Höchstwahrscheinlich werden wir diese Affäre nie restlos klären können. Die entscheidenden Spuren wurden wohl schon längst verwischt. Ich kann mir kaum einen Nachrichtendienst vorstellen, der das nicht täte!

Wie meinen Sie das?

Spionage gehört zur Kernaufgabe eines jeden Nachrichtendienstes. Etwas anderes anzunehmen, wäre schlicht naiv.

«Wir werden diese Affäre nie restlos klären können. Die entscheidenden Spuren sind schon längst verwischt.»



Sacha Zala
Direktor Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz

Ich halte es für plausibel, dass der Schweizer Nachrichtendienst informiert war.

Die Behörden wurden in Zug vorstellig, doch unternommen wurde nichts. Versandeten die Ermittlungen bewusst?

Der Vizechef des Nachrichtendienstes inszenierte sich als Unwissender und sagt, er sei beschissen worden. Es ist schwierig, das zu beurteilen. Aber ich mache eine Analogie.

Machen Sie ruhig.

Sie erinnern sich vielleicht an das Attentat von Würenlingen. Die Schweiz hat die Untersuchungen irgendwann eingestellt. Dazu geistern Verschwörungstheorien herum. Die Realität ist aber ganz einfach: Die Schweiz hatte ein Interesse daran, wegzuschauen. Man wollte keine Terroristen festnehmen, weil man so ins Visier von anderen Terroristen gekommen wäre, wie die Entführung eines Swissair-Flugzeugs 1970 nach Zgera gezeigt hatte. Es gab also ein pragmatisches Interesse daran, die Untersuchungen versanden zu lassen. Aber beweisen Sie so etwas mal! Denn: Die Behörden haben ja ermittelt.

Warum haben sie denn ermittelt?

Erstens, weil sie von Gesetzes wegen müssen. Zweitens, weil es Verdacht erwecken würde, wenn sie untätig blieben. Jetzt muss man sich die Frage stellen: Ist die Affäre versandet, weil jemand aktiv ein Interesse daran hatte, sie zu torpedieren? Oder ist sie versandet, weil die Behörden gar nicht die Mittel hatten, der Sache wirklich nachzugehen? Eigentlich wäre beides denklich.

Das klingt sehr beunruhigend.

Ja, in der Tat. Man darf aber auch nicht vergessen: Die Schweiz kann ohne fremde Länder kaum Geheiminformationen beschaffen. Wie auch? Wir führen keine militärischen Operationen im Ausland, wir haben keine Spionagesatelliten im All, und Leute wie James Bond werden bei uns auch nicht ausgebildet. Souveränität in Ehren, weil man an den Informationen der Amerikaner teilhaben, muss man offensichtlich etwas erdulden. Und da gehört eben auch eine Prise Mausechlei dazu. Die Frage, die sich in dieser Affäre aber stellt, ist: Wusste die Politik Bescheid?

Die Politiker sagen alle: Wir wussten von nichts.

Ja, das sagen sie. Und vielleicht stimmt es auch. Das gilt es jetzt, herauszufinden. Auch in Bezug auf die Frage, welche Lehren wir daraus ziehen. Dieser Abhörskandal ist nichts im Vergleich zu dem, womit wir heute im Zuge der neuen Technologien rechnen müssen. Auch Merkels Handy wurde abgehört...

Und dann sind ja auch Akten verschwunden...

Bundesämter sind in der Pflicht, ihre Akten dem Bundesarchiv anzubieten. Kommen die Ämter ihrer Pflicht aber nicht nach, hat das Bundesarchiv keinerlei Mittel, um dies durchzusetzen. Deshalb plädiere ich schon lange dafür, dass dem Bundesarchiv die gleichen Kompetenzen gegeben werden wie sie zum Beispiel die Eidgenössische Finanzkontrolle hat.

Wer also Akten vernichten, verstecken oder verschwinden lassen will, kann das einfach tun?

Wenn Behörden Akten ohne das Einverständnis des Bundesarchivs vernichten,

ist das gesetzeswidrig, aber viel dagegen tun kann man dennoch nicht.

Dokumente, die spurlos aus dem Archiv verschwinden?

Das ist tatsächlich auffällig. Aber trotzdem kann es verschiedene Gründe geben. Wie beim Skandal um die P26. Es wird auch viel geschlampt. Insgesamt ist für die Forschung die Schlampeigkeit viel bedenklicher als den Vorsatz.

Alles Zufall?

Ämter können ihre Akten zurückverlangen. Natürlich dürfen sie historische Dossiers nicht verändern. Doch tun sie es trotzdem, merkt es niemand. Ich gehe davon aus, dass, als letztes Jahr die Recherchen zur Crypto AG begannen, dasentsprechende Amt Einsicht wollte, die Akten zurückverlangte und dann...

Nachrichtendienst-Milieu. Auch das Kader des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) verwendete den Chip der Crypto International AG in Steinhau. Das ist die internationale Nachfolgeorganisation der Crypto AG, die bis 2018 von der CIA geführt wurde.

Recherchen zeigen: Die Bundesräte verwenden auf ihren Krypto-Handys tatsächlich Verschlüsselungshardware der umstrittenen Crypto International AG. Das bestätigen sehr gut informierte Kreise. Ob es sich tatsächlich um den Chip Crypto Mobile HC-9100 handelt, lässt sich aber nicht verifizieren.

Damit stellt sich die Frage: Handelt die Regierung verantwortungsgelos,

Ja, dann?

Ging das Dossier verloren. Oder aber es verschwand vorsätzlich.

Hat das System in der Schweiz?

Es würde mich zumindest nicht erstaunen, wenn gerade in heiklen Schatten-Affären Dokumente verschwinden. Grundsätzlich ist die Mehrheit der Akten in der Schweiz jedoch ordentlich archiviert. Die Schweiz hat auf keinen Fall ein generelles Archivierungsproblem.

Aber nun ein generelles Reputationsproblem. Oder ist alles am Ende halb so wild?

Der Reputationschaden ist ohne Frage angerichtet. Aber ich denke, die Krise ist international schon bald vergessen. Alles halb so wild.

Wirklich?

Ja. Sie können vergessen, dass die Schweizer Dienste wegen solch einer Affäre in Zukunft nicht mehr beansprucht werden.

Büsst die Schweiz nun ihre Vermittlerrolle ein?

Die Vermittlungsdienste bewegen sich in einer anderen politischen Dimension. Auch tendieren wir in der Schweiz dazu, diesen Diensten zu viel Bedeutung zuzumessen. Weil wir gerne das Narrativ der neutralen Schweiz hören, die hervorragende Arbeit leistet.

Wie meinen Sie das?

Fragen Sie sich mal: Was bedeutet Neutralität überhaupt? Völkerrechtlich hat sie praktisch nur eine militärische Bedeutung. Doch die Schweiz hat das

Konzept der Neutralität zu einer Art Staatsreligion emporgehoben. Damit lässt sich auch besser handeln.

Die Affäre zieht nun weitere Kreise. Die Frage ist auch: Wer wusste denn nun Bescheid?

Das zu diesem Zeitpunkt einzuordnen, ist sehr schwierig. Auch deshalb, weil derzeit kaum Dokumente vorliegen. Ich habe in den letzten Jahrzehnten meiner Forschungstätigkeit aber nie ein Dokument gesehen, in welchem die Schweizer Diplomatie die Crypto AG als Verhandlungsargument benutzte. Dabei wäre es diplomatisch gesehen durchaus nützlich gewesen, in Gesprächen mit den USA diese allfällige «Freundschaftsgeste» zu unterstreichen. Deshalb ist für mich klar: Der Kreis der Mitwisser wäre auf jeden Fall klein.

Der Mann, der die Affäre aufklären soll

Der Bundesrat hat dem ehemaligen Bundesrichter Niklaus Oberholzer mit der Untersuchung der Crypto-Affäre beauftragt. Das ist kein Zufall.

Überwachung Sie hat sich Niklaus Oberholzer dem Start in die Pension kaum vorgestellt. Wenige Wochen nach seinem letzten Arbeitstag am Bundesgericht in Luzern hat der Bundesrat dem 66-jährigen mit der Untersuchung der Geheimdienstaffäre um die Zuger Firma Crypto beauftragt. Oberholzer Wahl ist keine Überraschung. Der St. Galler gilt als einer der profiliertesten Richter der Schweiz. Justiz hat 40 Jahren im Strafrecht, davon die letzten sieben Jahre als Bundesrichter, Vorläufer des 800-seitigen Standardwerkes «Grundzüge des Strafrechts», das im März in vierter Auflage erscheint.

Oberholzer hat Erfahrung mit Überwachungsaffären. 1989 leitete er die parlamentarische Untersuchungskommission zum Fachsenkandal als Ständigen Exponenten. 2002 wurde er von der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte für die Abklärungen der Bestechungen des Schweizerischen Nachrichtenendienstes in Libanon beauftragt, ab 2003 war er Mitglied der Aufsichtskommission über die Bundesanwaltschaft, von 2007 bis 2010 der Präsident des St. Gallen am Bundeswahl Lauder ist er aber gerade nach Bern gekommen, sagt er am Telefon leidend, «das wäre sicher spannend gewesen».

Jeden Freitag um 14 Uhr auf dem Weg

Oberholzer ist tatsächlich leidend, der vor grossen Aufgaben und Verantwortung zurückbleibt. «Ich habe mich so als Privatling, bei den Angehörigen und schwierigen Aufgaben mitwirken zu können», sagt er zur bevorstehenden Untersuchung im Fall der Crypto AG. Das lässt mit den ersten Wochen mit der Personierung zusammenfallen, wie er für nicht im Corrigendum. «Ich habe Aufgaben und nicht glänzen. Ich brauche eine gewisse Öffentlichkeit, bei welcher Gelegenheit ich so sagen.» Als Privatrichter ist er ebenfalls im Vorteil. Er könnte machen, was für seine kleine «Spezialabteilung» tun. Würde er geben, eine Strafuntersuchung zu führen, würde er wohl eher Nein sagen. «Das habe ich in meinem Leben nur einmal gemacht.»

Oberholzer lässt sich mit Vorliebe auf Unbekanntes ein, ohne seinen angestammten Willkür zu verlassen. Das stellt sich wie ein roter Faden durch seine Biografie. 1975 in St. Gallen geboren und in Grenchen aufgewachsen, ging er für die Studien nach Basel. Er folgte dem Studium am Eidgenössischen Anwaltskammer, studierte an der Universität in St. Gallen. Untersuchungsleiter bei der St. Gallen Staatsanwaltschaft, selbständiger Rechtsanwalt, Richter am Militärkammergericht, Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten. 2002 wurde er zum Kantonsgerichtsrat

berufen und war damit der erste Sozialdemokrat, dem der Kantonsrat die Leitung der Ämterkommission anvertraute. Im Zentrum des Kalten Krieges wäre das undenkbar gewesen.

Im Jahr 2002 wählte ihn der Bundesrat zum Bundesrichter. Nach mehr als 30 Jahren in der St. Galler Justiz zog er aber in die Wostschweiz. «Ich ging mit der Haltung, dass die Lehren in Luzern eine Alternative wäre.» Dort musste er merken, dass sich die Wostschweiz nicht ohne weiteres anpflanzen lässt. In der Ostschweiz hatte sich in 30 Jahren einiges an Bekanntheit und Verantwortung angesammelt, ein grosses privates Umfeld, das sich nicht einfach lösen. Infolge der beiden Freitagen in Chur in Luzern auf dem Weg und verbrachte er die Wochenende in St. Gallen, genau auch am Spitzhöfen der St. Galler Stadtschule St. Niklaus, «wo es nur durch den Kassenrechner kam und Menschen trifft».

Er wusste von Überwachung und Wostschweiz

In der Wostschweiz, dieser Region, die «stark und trocken glück» ist, sei ihm deutlich geworden, was die Schweiz mit ihrer Vielfalt an Regionen und Mentalitäten auszeichnet. «Es



Niklaus Oberholzer
am 14. gilt als einer der besten Richter vor Überwachung. Der Mann

wichtig sein, sondern will es für ein politisches König. «Man darf solche Aufgaben nicht überfordern. Und man will eine nicht letzten Personlichkeit dazu machen.»

Dieser ist nun angesprochen wegen einer Spionageaffäre einmal sein grosser Gesprächspartner geworden ist, dürfte ihn selbst am wenigsten überraschen. Schon vor Jahren warnte er in der «Woche»-Zeitung vor dem Wostschweiz und dem Überwachungs-Kreis, die seiner Zusammenarbeit verfallen. Die heutigen Untersuchungen seien «ein Verbrechen an Gerechtigkeit und an der Freiheit der Gesellschaft im Vergleich zu anderen alten Fachsenkandalen.» Als hätte er eine Visionierung gehabt auf ihn, war es noch etwas.

Andri Nussli

Nationalratspräsident verurteilt PUK-Vorverfahren

Gibt es eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) oder nicht zu den Vorgängen bei der Zuger Crypto AG? In diese Frage wird eine in Wostschweiz überlassen. Das Büro des Nationalrates hat gestern einen ersten Entschluss in dieser Frage verurteilt. Bevor sich das Büro dafür oder dagegen

auspricht, habe der Bundesrat das Recht, angefragt zu werden, sagte Nationalratspräsidentin Isabelle Woser (PS/PS). Der Bundesrat hat nun Gelegenheit, sich an der Sitzung des Bureau vom 2. März zu äussern. Das Parlament selbst dürfte wohl in der Frühphase entscheiden. (ft)

Othmar von Matt, Stefan Schmid

Die Zahl 3000 Anrufe

Die Schweiz fürchtet das Corona-Virus. Es gab bisher keine Infektionen, dafür über 250 Tests auf das nun SARS-CoV-2 genannte Virus. Die Hoff. w. des Bundesamts für Gesundheit. es wurde bisher 3000-mal ang. erufen. (ft)

Letzte Nachrichte

IS-Terroristen wollten in Genf zuschlagen

Genf Die Terroristen islamischer Staat plante vor einem Jahr einen Anschlag auf ein Tanklager in der Nähe des Flughafens Genf-Collin. Wie die Wostschweizer Zeitung «Le Temps» schreibt, wurde der Nachrichtendienst des Bundes jedoch bereits im Herbst 2018 von amerikanischen Diensten über die Gefährdung informiert. Diese sollten die Informationen an die Genfer Polizei weitergegeben haben, welche darauf entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen habe. (swp)

Deutsches Militär soll im Ausland aktiver werden

München Der deutsche Ausserminister Heiko Maas (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, dass Deutschland auch militärisch mehr Verantwortung übernimmt. «Um es klar zu sagen: Deutschland ist bereit, sich stärker zu engagieren, auch militärisch», sagte er am Freitag auf der Münchner Sicherheitskonferenz. «Aber dieses militärische Engagement muss eingebettet sein in eine politische Logik.» Maas stützte in diesem Zusammenhang den früheren SPD-Verdichtungsminister Peter Ströck, der zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gesagt hatte, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verhängt. «Man muss heute hinüberfliegen - auch in Libyen und im Sahel - aber eben genauso am Verhandlungstisch in New York, Genf oder Brüssel», betonte der Ausserminister. (dpa)

Gesagt

«Die Bundesanwaltschaft hat vier Jahre lang ermittelt. Und was ist dabei herausgekommen? Eine Schlampererei.»



Der angeklagte ehemalige Präsident des Deutschen Fußballbundes Theo Zwanziger. Inland